

Die IG Freiheit wurde im September 2006 von einer Gruppe Unternehmern und Politikern gegründet. Sie ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Persönlichkeiten, die sich für die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger und gegen den Erlass unnötiger staatlicher Regulierungen einsetzt. Anlässlich der Besichtigung der Brauerei Rosengarten in Einsiedeln wurde die IG Freiheit vorgestellt.

Gregor Rutz, Nationalrat SVP und Präsident der IG Freiheit begrüßte am 4. September 2018 im Restaurant Rosengarten zahlreiche Teilnehmer zur Vorstellung der IG Freiheit. Begleitet wurde Rutz durch die beiden Vorstandsmitglieder der IG Freiheit, Petra Gössi FDP und Alois Gmür CVP. Diese betonten die gut bürgerliche Zusammenarbeit im Kampf gegen unnötige Gesetze.

## Gegen unnötige Gesetze

Nationalrat Gregor Rutz erklärte, es gäbe bald keinen Lebensbereich mehr, der nicht staatlich geregelt sei. Die persönliche Freiheit werde zunehmend eingeschränkt, indem der Staat den Bürgern die Entscheidung

über immer mehr Dinge abnehme. «Wer meint, alle Probleme mittels Gesetzen und Verboten lösen zu können, irrt gewaltig», so Rutz. Die IG Freiheit sei überzeugt, dass der

die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger gegen die zunehmende staatliche Bevormundung verteidigen. Zudem würden sich die Vorstandsmitglieder der IG Freiheit im

---

«Ich will nicht jammern. Ich bin nicht Bauer, ich bin Brauer.»

Alois Gmür, Bierbrauer

---

marktwirtschaftliche Wettbewerb und der gesunde Menschenverstand zu besseren Lösungen führe als eine Unzahl von Gesetzen und Verordnungen. Als überparteiliche Interessengemeinschaft wolle die IG Freiheit

Rahmen ihrer politischen Tätigkeit persönlich dafür einsetzen, dass der Freiheitsgedanke in der Schweiz gestärkt werde.

Jedes Jahr verleiht die IG Freiheit den «Rostigen Paragraphen» für das dümmste, unnötigste Gesetz. «Wir finden, all diese Gewinner des rostigen Paragraphen regeln etwas, was nicht geregelt werden muss. Sie sind überflüssig», schmunzelte Gregor Rutz. Mit solchen Vorstößen entstehe nur mehr Bürokratie und zusätzliche Kosten. Im Rahmen eines öffentlichen Internet-Votings werde jeweils entschieden, wer die Auszeichnung gewinne.

## Besichtigung Brauerei Rosengarten

Anschliessend an den offiziellen Teil lud Alois Gmür zu einer Besichtigung der Brauerei Rosengarten AG ein. Gmür erwähnte dabei, dass auch die Bier-Branche unter der zunehmenden Gesetzesflut und Veränderungen in der Gesellschaft leide. Das Rauchverbot in den Gaststätten, der rückläufige Alkoholkonsum, das sich verändernde Vereinsleben und die rückläufige Armeepräsenz in den Dörfern würden den Brauereien arg zusetzen.

## «Der rostige Paragraph»

Die diesjährige Auszeichnung für das unnötigste Gesetz ging nach Bülach, wo die Stadt für ein ganzes Quartier eine Zufahrtskontrolle für Anwohner anordnete. Auf dem Areal der ehemaligen Giesserei Bülachguss entsteht ein völlig neues Quartier mit fast 500 Wohnungen, aber auch Büros und einem Park. Die Wohnungen kosten zwischen 700'000 und 935'000 Franken. Hinzu kommen noch einmal 35'000 Franken für einen Parkplatz.

Die Freude an diesem Parkplatz wird aber getrübt von bürokratischen Reglementen. Aufgrund von Auflagen der Gemeinde und des Kantons, umgesetzt in einem sog. Mobilitätskonzept, wurde die Anzahl Parkplätze bewusst tief gehalten. Wer als Eigentümer einen solchen Parkplatz besitzt, kann ihn bloss eingeschränkt nutzen. Der Eigentümer darf sein Auto nur gerade zweimal am Tag bewegen, also wegfahren und wieder parkieren, fertig. Damit will man gemäss einer Verkaufsbroschüre dauerhaft eine höhere Lebens- und Aufenthaltsqualität sicherstellen. Die Kontrolle der Parkplatzbesitzer wird streng sein. Ein automatisches Erfassungssystem soll das Verhalten der Parkplatzbesitzer überwachen. Bei Missachtung der Einschränkung sollen Verschärfungen bis hin zu Geldstrafen drohen.



Nationalrat und Vorstandsmittglied IG Freiheit Alois Gmür lud zu einem Rundgang durch die Brauerei Rosengarten AG ein.



Nationalrat Gregor Rutz (links) erklärte, es gäbe bald keinen Lebensbereich mehr, der nicht staatlich geregelt sei. Nationalrätin Petra Gössi, Vorstandsmittglied IG Freiheit (rechts).